

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Einzelverkauf: Eduard Seindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Insertate für die vierspaltige Petitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsaussagen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

Selbstverwaltung oder Bureaukratie im Arbeitsnachweis?

Die Regelung der Arbeitsvermittlung ist eine Angelegenheit, die gerade in der gegenwärtigen Zeit das regste Interesse der Arbeiterschaft beansprucht. Wenn bei dem hoffentlich nicht mehr fernen Friedensschluß die Angehörigen des Heeres zur friedlichen Beschäftigung zurückkehren, dann werden den Arbeitsnachweisen große und verantwortungsvolle Aufgaben zufallen. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, müßte beizeiten ein vollständig ausgebautes Netz von Arbeitsnachweisen eingerichtet werden.

Zur Förderung des Arbeitsnachweises haben sich die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen im Frühjahr vorigen Jahres zusammengefunden und eine gemeinsame Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften gerichtet, in welcher die Wünsche der Arbeiter hinsichtlich der Gestaltung der Arbeitsvermittlung dargelegt sind. Im Reichstag fanden diese Wünsche Berücksichtigung, der Bundesrat verhielt sich aber zurückhaltend. Hierbei dürfte die Rücksicht auf die Großindustriellen maßgebend gewesen sein, die den Anspruch erheben, die Arbeitsvermittlung ausschließlich in ihre eigene Verwaltung zu nehmen, um ihn als Kampfmittel gegen die Arbeiter zu verwenden. Auf dem Wege zur gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung ist bisher nichts weiter geschehen, als der Erlaß des Bundesrats vom März 1915, der die Anzeige- und Meldepflicht der nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise vorschreibt, dem neuerdings die Bundesratsverordnung vom 14. Juni 1916 gefolgt ist, die den Landeszentralbehörden die Befugnis erteilt, die Gemeinden zu verpflichten, öffentliche unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten.

Bei der Durchführung dieser Verordnung wird es sich in der Hauptsache darum handeln, ob in ihnen die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt werden, die ihren Ausdruck in der erwähnten Petition der Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen gefunden haben, oder ob der Verband deutscher Arbeitsnachweise mit seinen Bestrebungen Erfolg erzielt. Die Arbeiter verlangen paritätisch zusammengesetzte Körperschaften, denen die Verwaltung der Arbeitsnachweise untersteht. Für die einzelnen Berufe sind in den größeren Städten, wo ein Bedürfnis hierfür besteht, in gleicher Weise zusammengesetzte Fachausschüsse zu bilden. Für das gute Funktionieren des Arbeitsnachweises ist die Person des Arbeitsvermittlers von der größten Bedeutung. Er muß nicht nur verstehen, mit den Bescheidern des Arbeitsnachweises umzugehen, er muß auch die beruflichen Verhältnisse kennen. Deshalb werden sich für diesen Posten, zumal bei den Fachabteilungen, Personen, die aus dem Beruf hervorgegangen sind, am besten eignen.

Die Arbeitsvermittlung ist eine Angelegenheit, die Unternehmer und Arbeiter in gleicher Weise, aber nur für sich allein angeht. Sie bedürft keines fremden Vormundes, der sich zwischen sie drängt und leicht dazu neigt, dort herrschen zu wollen, wo er im Dienste beider Parteien vermitteln soll. Man hat im Staatsleben genügend Erfahrungen mit der Bureaukratie gemacht, und diese Erfahrungen sind derart, daß überall nach Selbstverwaltung gestrebt wird. Die Arbeitsvermittlung ist ein Gebiet, welches in hohem Maße für die Selbstverwaltung durch das Gewerbe, also durch die Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter geeignet ist. Es ist aber auch nicht unbillig, wenn vom Staat und vorzüglich von der Gemeinde verlangt wird, daß die Kosten für diesen Selbstverwaltungskörper des Gewerbes aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Die zweckmäßige Arbeitsvermittlung liegt so sehr im öffentlichen Interesse, daß es gerechtfertigt erscheint, diese Forderung zu erheben. Aus der Übernahme der Arbeitsnachweiskosten auf die Gemeinde folgt aber keineswegs, daß nun auch die Gemeinde das Recht haben müsse, in die Verwaltung des Arbeitsnachweises hineinzuwirken. Es wird völlig genügen, wenn sie sich durch die Bestellung des Vorsitzenden in der Verwaltung den erforderlichen Einblick und Einfluß sichert. Ein Selbstverwaltungskörper, wie es die Gemeindeverwaltung ist, die ist genug die Unannehmlichkeiten des Einwirkens der staatlichen Bureaukratie am eigenen Leibe empfindet, sollte für diese, auf die Selbstverwaltung ihres Arbeitsnachweises gerichteten Bestrebungen des Gewerbes das nötige Verständnis besitzen.

Diese Frage war übrigens, wie erinnerlich, auch Gegenstand der Verhandlungen auf der Konferenz der Organisationen des Holzgewerbes am 10. und 11. April d. J., und es herrschte hier nicht nur Übereinkommen zwischen den Arbeitgeberorganisationen, sondern auch der Arbeitgeber-Schutzverband stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Die Konferenz befand sich hierbei in bewußtem Gegensatz zu den Behauptungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise. Gegen dessen Absichten, die auf eine Paritätisierung des Arbeitsnachweises hinauslaufen, haben sich auch andere Stellen ausgesprochen, so u. a. eine Konferenz der Berliner Gewerkschaftsvorstände. Die von dieser Konferenz beschlossene Resolution und zugleich auch ein Artikel in Nr. 21 der „Holz-

arbeiter-Zeitung“, in dem wir die Ergebnisse der Konferenz der Organisationen des Holzgewerbes besprochen haben, nimmt Herr Landesrat Dr. Freund als Anlaß, um seine Ansichten in dieser Frage darzulegen.

Landesrat Dr. Freund ist nicht nur Vorsitzender des Zentralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin und des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, sondern auch der eigentliche Träger der von diesen Organisationen verfolgten Ideen. Sein Aufsatz, der in der Monatschrift „Der Arbeitsnachweis in Deutschland“ abgedruckt ist, hat also Anspruch auf besondere Beachtung. Dr. Freund rühmt sich, mit aller Entschiedenheit gegenüber den Ansprüchen der Arbeitgeber für die Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung der Arbeitsnachweise eingetreten zu sein. Das soll nicht bestritten werden, aber die Parität in der Verwaltung der Arbeitsnachweise ist ein Punkt, den Herr Dr. Freund keineswegs grundsätzlich vertritt. Er läßt darüber mit sich handeln. Das sagt er zwar nicht in diesem Zusammenhang, aber bei anderer Gelegenheit hat er der Meinung Ausdruck gegeben, daß Arbeitsnachweise mit bureaukratischer Verwaltung, also ohne paritätische Leitung, seinen Wünschen völlig entsprechen.

Er gibt aber auch offen zu, daß es ihm um die Parität gar nicht zu tun ist, viel wichtiger erscheint ihm die Sicherung der Unparteilichkeit. Das ist die Brücke, die ihn zur Forderung nach völliger Bureaukratisierung des Arbeitsnachweises bringt. Die Bedeutung, die der Person des Arbeitsvermittlers für den Arbeitsnachweis zukommt, weiß Herr Dr. Freund wohl zu würdigen. Hier setzt er den Hebel an. Um die Unparteilichkeit des Arbeitsvermittlers zu sichern, muß er von der Organisation der Unternehmer und der Arbeiter unabhängig sein. Daraus folgt, daß er von dem Träger des Arbeitsnachweises, also der Stadt, als Beamter angestellt wird.

Man wird sich damit einverstanden erklären können, daß der Arbeitsvermittler als städtischer Beamter angestellt und damit dem Einfluß der Parteien entzogen wird. Die Forderung, die Dr. Freund vertritt, führt aber dazu, daß der Einfluß der Arbeitgeber- und der Arbeiterorganisation in der wichtigen Frage der Anstellung des Arbeitsvermittlers völlig ausgeschaltet wird. Der Streitpunkt wird dem Verständnis nähergebracht, wenn man ihn an der Hand des konkreten Falles betrachtet.

Es handelt sich darum, daß der paritätische Arbeitsnachweis für die Berliner Holzindustrie dem Zentralverein für Arbeitsnachweis als besondere Fachabteilung angeschlossen wird. Vorsitzender des Zentralvereins ist, wie erwähnt, Dr. Freund. Im Vorstand hat aber die Stadt, die den Zentralverein im wesentlichen unterhält, das ausschlaggebende Stimmrecht. Die langen Verhandlungen, die wegen des Anschlusses geführt wurden, sind ins Stocken geraten, hauptsächlich deshalb, weil über die Wahl der Arbeitsvermittler noch keine Verständigung erzielt werden konnte. Nach erfolgtem Anschluß soll das bisherige paritätisch zusammengesetzte Kuratorium unter einem zu ernennenden unparteilichen Vorsitzenden, im wesentlichen also in der gleichen Weise wie bisher, weiterexistieren. Für die Wahl der Arbeitsvermittler will aber der Vorstand des Zentralvereins das alleinige Bestimmungsrecht haben.

Bisher fungieren als Arbeitsvermittler eine Anzahl Personen, die zum Teil von den Arbeitgebern, zum Teil von den angeschlossenen Arbeiterorganisationen gewählt wurden. Es ist zugesagt, daß diese Arbeitsvermittler bei der Neuordnung der Dinge vom Zentralverein bzw. der Stadt übernommen werden. Damit scheidet bei den schwebenden Verhandlungen die Personenfrage aus; es handelt sich nur um sachliche Meinungsverschiedenheiten. Herr Dr. Freund beansprucht das Anstellungsrecht für sich, das heißt für den Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis; er sagt, das heiße „nichts anderes, als daß das Anstellungsrecht der Stadtgemeinde Berlin zustehen soll. Mit diesem Grundsatz ist die Forderung der Arbeitnehmer (in Wirklichkeit ist es auch die Forderung der Arbeitgeber!), daß die Arbeitsvermittler in dem betreffenden Gewerbe sachverständig sind, durchaus vereinbar“. Herr Dr. Freund sagt dann weiter, er sei dafür, daß vor der Wahl die paritätisch zusammengesetzten Arbeitsnachweisausschüsse gehört werden und keine Verwaltung sich begründeten Einsprüchen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen die in Aussicht genommene Person verschließen könne. Dadurch sei den Parteien ein genügender Einfluß auf die Auswahl der Vermittler zugestanden. „Man wird wohl zu dem Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, in dem die Stadtgemeinde die Majorität der Stimmen hat, das Vertrauen haben müssen, daß er nur solche Vermittler anstellt, die allen Anforderungen dieses verantwortungsvollen Amtes genügen.“

Wir wollen nicht untersuchen, ob die vielfach verbreitete Ansicht zutreffend ist, nach welcher trotz der Stimmenmehrheit der Stadtgemeinde, im Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis der Dr. Freund den entscheidenden Einfluß ausübt, und nur darauf hinweisen, daß das Recht, gehört zu werden, nur ein Scheinrecht ist. In dem vorliegenden Fall kann wohl der Vorstand des Zentralvereins die Einwände der Arbeitgeber und Arbeiter im

Ausschuß beachten, er muß es aber nicht. Er ist tatsächlich in seiner Wahl völlig frei, und Arbeitgeber und Arbeiter haben in Wirklichkeit keinen Einfluß auf die Besetzung des wichtigen und verantwortungsvollen Amtes des Arbeitsvermittlers. Im Arbeitsnachweis für die Berliner Holzindustrie vertreten Arbeitgeber und Arbeiter für den Anschluß an den Zentralverein für Arbeitsnachweis die Forderung, daß sie als Kuratorium oder Ausschuß der Fachabteilung des Arbeitsnachweises das Recht haben, für jeden zu besetzenden Posten eines Arbeitsvermittlers mehrere Vorschläge zu machen, unter welchen dann der Vorstand des Zentralvereins die Wahl trifft. Dieser Vorschlag läßt jedem Teil sein Recht, sichert aber den Nachbeteiligten den erforderlichen Einfluß.

Am Schluß seines Aufsatzes spricht Dr. Freund von der Notwendigkeit, die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises auf das vollkommenste auszubauen, und meint: „Diese Bestrebungen können aber nur in vertrauensvollem Zusammenarbeiten mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einem Erfolg führen.“ Dieses Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist in Berlin gegeben, die Bestrebungen des Herrn Dr. Freund gehen aber darauf hinaus, den vollkommenen Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises zu hindern. Er beansprucht den entscheidenden Einfluß auf den Arbeitsnachweis für sich. Arbeitgeber und Arbeiter, die die eigentlichen Träger des Arbeitsnachweises sind, sollen nur noch eine dekorative Bedeutung haben, ihr Einfluß soll zurückgedrängt und ersetzt werden durch die Bureaukratie, für welche Herr Dr. Freund, der eigentliche Repräsentant des Zentralvereins für Arbeitsnachweis, eine Vorliebe hat, die er gar nicht sehr zu verbergen trachtet.

Die Auseinandersetzungen über den Arbeitsnachweis, die zurzeit in Berlin geführt werden, und die wahrscheinlich auch in anderen Orten in Erscheinung treten werden, sind ein Kampf zwischen Bureaukratie und Selbstverwaltung. Es handelt sich um ein Gebiet, auf welchem Arbeitgeber und Arbeiter gemeinsame Interessen zu wahren haben. Sie müssen überall auf dem Posten sein, wenn sie nicht dem einflussreichen Gegner unterliegen wollen.

Die Gründung eines deutschen Eisenbahnerverbandes.

Durch die Presse geht ein Bericht über die am 1. Juli erfolgte Gründung einer neuen Organisation, die unter dem Namen „Deutscher Eisenbahnerverband“ mit dem Sitz in Berlin ins Leben getreten ist. Diese Gründung wird auf die durch den Krieg bewirkte Änderung der Stellungnahme der Behörden gegenüber den Gewerkschaften zurückgeführt. Infolge des Krieges mußten die Staatsbahnverwaltungen eine große Zahl neuer Arbeiter einstellen, unter denen sich auch viele Gewerkschaftsmitglieder befanden, denen nach den abgegebenen Erklärungen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft keine Schwierigkeiten bereitet werden sollen. Die Sicherung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner ist aber bisher nicht erfolgt. In der neuen Arbeiterdienstordnung für die preussischen Eisenbahnen ist zwar das Verbot der Beschäftigung sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter nicht mehr enthalten, nach wie vor ist aber den Eisenbahnern die Beteiligung an Organisationen verboten, die den Streik als zulässiges Kampfmittel erachten und unterstützen.

Auf diese Verhältnisse ist bei der Gründung der neuen Organisation Rücksicht genommen worden. Wenn auch bei dem jetzt herrschenden Arbeitermangel die Gewerkschaftsmitglieder in den Eisenbahnbetrieben geduldet werden, so steht doch zu erwarten, daß sie bei der Wiederkehr normaler Verhältnisse entlassen oder mindestens zurückgesetzt werden. Die neue Organisation wird also keine Gewerkschaft sein, die den Streik als zulässiges Kampfmittel erachtet, sie hat sich aber die möglichst günstige Gestaltung der Lohn- und Dienstverhältnisse als wichtigstes Ziel gesetzt. Im Gegensatz zu den sogenannten nationalen Eisenbahnerverbänden, die die Schaffung eines besonderen Staatsarbeitsrechts propagieren, will der neue Eisenbahnerverband in der gleichen Weise, wie das auch die Gewerkschaften anstreben, für ein allgemeines Arbeiterrecht eintreten, innerhalb dessen auch die besonderen Verhältnisse der Eisenbahner gebührende Berücksichtigung finden. Schließlich will der neue Verband ein Sammelpunkt für die Eisenbahner sein, welche mit den Bestrebungen der bisherigen Eisenbahnerverbände nicht übereinstimmen, sich aber auch wegen des bestehenden Organisationsverbots den Gewerkschaften nicht anschließen konnten.

Der Grundstock der neuen Organisation bildet die bisherige Reichsfektion der Eisenbahner, die dem Transportarbeiterverband angegliedert war, deren Mitglieder zum Eisenbahnerverband übergetreten sind. Das Organ der Reichsfektion, der „Eisenbahn“, ist nunmehr das Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes, und sein Redakteur Z. Brunner wurde zum Vorsitzenden der neuen Organisation gewählt. An deren Gründung beteiligten sich unter Mitwirkung der Generalkommission die Vorstände der Verbände der Kupferschmiede, Maler, Maschinisten, Metallarbeiter, Sattler und Transport-

arbeiter, die bisher Mitglieder unter den Eisenbahnern hatten. Der Hauptvorstand des Eisenbahnerverbandes ist aus Vertretern dieser Verbände zusammengesetzt. Von den Vorständen der genannten Verbände heißt es in der erwähnten Veröffentlichung, daß sie beschloffen haben, „ohne Preisgabe ihres Grundgesetzes hinsichtlich der Berufs- bzw. Industrieorganisation und ohne gegen den Beschluß des Münchener Gewerkschaftskongresses, betreffend die Organisierung der in staatlichen oder kommunalen Betrieben beschäftigten Arbeiter, zu verstoßen, freiwillig auf die Organisierung der Eisenbahner zu verzichten und ihren im Betrieb der Eisenbahnen und deren Nebenbetrieben beschäftigten Mitgliedern zu empfehlen, sich dem am 1. Juli ins Leben tretenden Deutschen Eisenbahnerverband anzuschließen.“

Die Beschlüsse des Münchener Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1914, auf die hier Bezug genommen ist, sind in dem „Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands“ enthalten und haben folgenden Wortlaut:

„Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorheriger bestimmt begrenzter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentralinstanzen. Letzteres gilt auch für die Aufnahmen vereinzelt beschäftigter beruflicher Arbeiter in Gemeinde-, Staats- und Genossenschaftsbetrieben sowie für Arbeiter, für die am Orte eine Organisation ihres Berufes nicht besteht.“

„Gemeinde- und Staatsbetriebe, in denen Arbeiter verschiedener Berufsarten technisch unabhängig voneinander beschäftigt werden, gelten in ihrer Gesamtheit nicht als „Betrieb“ im Sinne der vorstehenden Bestimmungen. Für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten beruflichen Arbeiter, für die eine Berufsorganisation besteht, ist ihre Berufsorganisation zuständig.“

Diese Beschlüsse sind gegen den Willen des Gemeindefacharbeiterverbandes gefaßt, der im Gegensatz zu den meisten Gewerkschaften für die Anerkennung der Betriebsorganisation eintritt. Es ist deshalb interessant, die Stellung des Gemeindefacharbeiterverbandes zu der neuen Gründung kennenzulernen. „Die Gewerkschaft“, das Organ des Gemeindefacharbeiterverbandes, schreibt im Anschluß an den Bericht von der Gründung des Deutschen Eisenbahnerverbandes:

„Damit ist zu einem guten Teil erfüllt, was wir seit Jahren gefordert haben.“

Zwar hatten wir die Schaffung einer freien Organisation der Staatsarbeiter überhaupt verlangt, jedoch der Anfang ist gemacht. So ist mit dieser Neugründung zunächst wenigstens dem dringlichsten Bedürfnis abgeholfen.

Daß später für die Militärarbeiter, Post- und Telegraphenarbeiter gleichfalls eine freie Gewerkschaft auf der Basis der Betriebsorganisation geschaffen werden muß, dürfte nun nicht allzu lange mehr auf Anerkennung warten lassen.

Bemerkenswert erscheint uns die Feststellung, daß in Nr. 26 der „Deutschen Verkehrspersonal-Zeitung“, mit dem Untertitel: „Organ für das deutsche Eisenbahn- und Postpersonal“ (bisher „Süddeutscher Eisenbahner“), der Zusammenschluß eines „Verbandes des deutschen Verkehrspersonals“ bekanntgegeben wird. Er ist in einer Sitzung des Hauptvorstandes, der Gauleiter und der Vertrauensleute am 24. Juni beschloffen und umfaßt neben dem bisherigen Mitgliederbestand auch Verkehrspersonal der fgl. sächsischen Staatseisenbahn. Es wird darin ferner angedeutet, daß Post- und Telegraphenpersonal zum Rekrutierungskreis des Verbandes gehören. Hoffentlich findet dieser „Verband des Verkehrspersonals“ bald den Anschluß an die neue Organisation!

Wir begrüßen die neue Bruderorganisation jedenfalls aufs herzlichste und erhoffen von ihr, daß sie den bestehenden lauen und „unabhängigen“ Eisenbahnerorganisationen Abtrag tun wird.

Ob in der Grundgebung extra betont wird, „ohne Preisgabe des Grundgesetzes hinsichtlich der Berufs- bzw. Industrieorganisation“, erscheint uns mindestens überflüssig, denn tatsächlich ist für die Eisenbahner dieser Grundsatz preisgegeben! Und das mit Recht. Denn die bisherige Form der Berufsorganisation hat es bei den Eisenbahnern zu keinem rechten Erfolg bringen können.

Wir wollen hoffen, daß der neue Verband all die schweren Widerstände überwindet, die ihn bei alledem auch weiterhin bedrohen.

Wir verzichten im gegenwärtigen Augenblick auf weitläufige Auseinandersetzung, glauben aber unseren Kollegen von dieser Stimme Kenntnis geben zu sollen. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben der Eisenbahnverwaltungen sind auch Angehörige des Deutschen Holzarbeiterverbandes in beachtenswerter Zahl. Der Verband des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat es aber an der Gründung des Eisenbahnerverbandes nicht beteiligt. Die wiedergegebene Auslassung des Organs des Gemeindefacharbeiterverbandes enthält einen der Gründe für dieses Verhalten.

Soziales.

Generalsekretär Bued gestorben.

Am 1. Juli starb im hohen Alter von 86 Jahren der 2. Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Herr Carl Bued. Die Verbände der Industriellen schenken ihm schmerzvolle Nachrufe; mit Recht, denn um die Förderung der Interessen der Großindustriellen hat Bued unermüdet gekämpft. Er hat sich seit dem Jahre 1873 in der Arbeit der Industriellen gestellt. Zunächst waren es die Eisen- und Stahlindustrien in Rheinland und Westfalen, dann er folgte die Zuckerindustrie. Seit der Gründung des Zentralverbandes deutscher Industrieller im Jahre 1878 hat er als Generalsekretär. Von diesem Posten trat er zurück, als er seine Alters wegen zurück. Bued war ein großer Förderer des Schutzzollsystems; die Umkehr der

deutschen Handelspolitik vom Freihandel zum Schutzzoll wird mit auf den Einfluß zurückgeführt, den Bued auf die maßgebenden Regierungskreise ausübte.

Bued war der hervorragendste Vertreter jenes Scharfmachertums, das die Blüte der Industrie auf die Unterdrückung jeder selbständigen Bewegung der Arbeiterschaft gründen wollte. Wenn in Deutschland ein Anschlag gegen die Arbeiterschaft geplant wurde, da hatte sicher der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller seine Hände im Spiel. So ruft der Tod Bueds die Erinnerung an die Zucht haus vorlage wach. In ihn war der Brief gerichtet, in welchem der damalige Staatssekretär Vosadowsky die Industriellen um eine Spende von 12 000 Mark anging, zur Bekämpfung der Agitation für das geplante Zucht hausgesetz. Für den Einfluß, den der durch Bued repräsentierte Verband ausübte, ist ein Brief bezeichnend, in dem dieser seiner Befriedigung Ausdruck gab, „daß wir endlich doch Herrn v. Berlepsch kleinbekommen haben“. Dieser hatte sich als preussischer Handelsminister sozialpolitischer Neigungen verdächtig gemacht und dadurch den Horn der Scharfmacher erregt. Auf der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller am 9. Dezember 1910 hielt Bued seine Abschiedsrede, in der diese Stelle vorkam: „Die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten, das muß das Ziel sein, etwas anderes gibt es nicht.“

Der verstorbene Generalsekretär Bued war ein unerbittlicher Gegner der Arbeiterbewegung, aber er war ein Charakter, und in der rücksichtslosen Verfolgung seines Zieles kann er uns als Vorbild dienen. Sein Tod ruft die Erinnerung an manche erbitterte Kämpfe wach, die die Arbeiterschaft zu führen hatte; er lenkt aber auch den Blick auf die Zukunft. Die in Aussicht gestellte Neuorientierung der inneren Politik würde eine Abkehr von den Zielen bedeuten, die Bued und der auch nach seinem Rücktritt im gleichen Sinne weitergeleitete Zentralverband deutscher Industrieller verfolgte. Den unbestimmten Versprechungen gegenüber ist aber größte Vorsicht am Platze. Bued ist wohl tot, aber sein Geist ist noch sehr lebendig, und die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß wir früher als uns lieb ist, die Wirkung dieses Geistes aufs neue zu spüren bekommen.

Die Kräfte, die die Existenzberechtigung der Gewerkschaften grundsätzlich verneinen, haben ihre Pläne nicht aufgegeben, und Bueds geistige Erben sind von dem besten Willen erfüllt, dessen Testament zu vollstrecken: die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten. Deshalb muß uns der Tod des alten Widersachers ein Ansporn sein, nun erst recht unsere Gewerkschaften auszubauen und zu stärken. In der Einigkeit, der geschlossenen Front der Arbeiterschaft müssen alle Anstürme unserer Feinde zerfallen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Andernach wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Totalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. Juli 65 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 29. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

108 Wilh. Grabert, Tschl., geb. 12. 2. 62 zu Berlin.
82721 Fritz Schabrowsky, Tschl., 11. 5. 58 zu Wittkampen.
706283 Bruno Scherfberg, Polierer, geb. 30. 1. 73 zu Löwenberg.

Im Monat Juni gingen von nachverzeichneten Zahlstellen folgende Beträge ein:

Gau Danzig. Elbing 200 Mk., Gumbinnen 45, Hohen-salza 12,10, Königsberg 500, Köslin 200, Memel 200, Rast 1,75, Stolp 200, Tilsit 39,50 Mk.

Gau Stettin. Barth 60 Mk., Grabow 50, Güstrow 300, Rostock 1150, Torgelow 50, Waren 40, Wismar 200, Wolgast 130 Mk.

Gau Breslau. Breslau 1440 Mk., Erdmannsdorf 60, Freiburg 199, Görlitz 500, Langenb. 200, Neusalz 20, Niesitz 200, Schweidnitz 80, Striegau 75, Wohlau 40 Mk.

Gau Berlin. Adlershof 200 Mk., Berlin 14 500, Berlin-Buchholz 80, Bernau 145, Brandenburg 1000, Cöpenick 306, Cöpenick 200, Dahme 50, Finsterwalde 693, Gassen 40, Guben 256, Königswusterhausen 100, Landsberg 250, Lindow 12, Ludenwalde 450, Lübbenau 50, Lychn 100, Neudamm 80, Neuruppin 50, Nowawes 250, Prenzlau 50, Priebus 60, Rathenow 350, Schneidemühl 200, Sommerfeld 30, Sorau 50, Spandau 300, Steglitz 300, Wittenberge 160, Wittstock 20 Mk.

Gau Dresden. Bautzen 700 Mk., Brand 175, Colm-nitz 60, Cunnersdorf 400, Dippoldswalde 85, Döbeln 150, Dresden 3000, Freiberg 80, Geringswalde 850, Glashütte 65, Großschönau 100, Hartha 200, Kamenz 40, Königstein 140, Leisnig 100, Meißen 400, Mittweide 300, Mulda 40, Neugersdorf 200, Niederzöblich 500, Oederan 40, Oibernhau 500, Pirna 397, Rabenau 600, Radeberg 250, Riesa 300, Schmiedeburg 70, Torgau 28, Waldheim 200 Mk.

Gau Leipzig. Altenburg 350 Mk., Buchholz 60, Chemnitz 2000, Eilenburg 400, Eilenburg 225, Falkenstein 25, Froburg 40, Glauchau 120, Greiz 50, Grimma 90, Hainichen 30, Jöhstadt 80, Leipzig 5000, Plauen 150, Rastau 100, Schleiz 60, Schmälz 1200, Schönheide 330, Stollberg 30, Treuen 35, Zeulenroda 400, Zwickau-Werdau 700 Mk.

Gau Erfurt. Böhlen 40 Mk., Bürgel 400, Corbetha 40, Eisenach 650, Eschwege 75, Frankenhäusen 500, Gotha 350, Gräfenroda 50, Jena 370, Merseburg 5125, Mühl-häusen 190, Naumburg 100, Nordhausen 375, Saalfeld 70, Schmalkalden 30, Sonneberg 60, Tamdach 25, Themar 70, Waltershausen 70, Weimar 425, Weisenfels 90, Wölfs 40 Mk.

Gau Magdeburg. Alten 20 Mk., Bernburg 200, Blankenburg 100, Burg 400, Cöthen 100, Eisleben 300, Gardelegen 150, Halberstadt 100, Halle 800, Magdeburg 1000, Schönebeck 100, Stendal 50, Zerbst 100 Mk.

Gau Hamburg. Altona 45 Mk., Boizenburg 70, Brake 100, Bremen 1800, Bremerhaven 1600, Delmenhorst 98, Emden 125, Geesthacht 300, Gaderleben 70, Hamburg 5000, Harburg 200, Kiel 1600, Lüneburg 300, Neumünster 250, Oldenburg 150, Schwartau 20, Silber-brarup 50, Uetersen 40, Vegesack 1000, Wilhelmshaven 700 Mk.

Gau Hannover. Bielefeld 700 Mk., Blomberg 38, Bünde 200, Cassel 1100, Celte 300, Hameln 130, Hannover 2500, Herford 800, Hess.-Oldendorf 40, Neynhausen 200 Mk., Gauselborn f. Bodum 180 Mk., Duisburg 300, Elberfeld 650, Essen 350, Hagen 300, Iserlohn 20, Krefeld 150, Lennep 40, Paderborn 25, Remscheid 100, Velbert 30, Wald 50 Mk.

Gau Frankfurt. Amorbach 120 Mk., Darmstadt 200, Edertoben 50, Kirchheim 70, Mannheim 1000, Michelstadt 50, Mühlheim 35, Neu-Isenburg 175, Offenbach 200, Reilsen-häusen 0,45, Worms 170 Mk.

Gau Nürnberg. Ansbach 70 Mk., Bamberg 200, Bayreuth 200, Erlangen 200, Fürth 1600, Hersbruck 22, Hof 60,30, Kitzingen 40, Kronach 27, Neustadt 30, Nürnberg 3000, Ochsenfurt 28,50, Reichelsdorf 65, Schney 450, Schwabach 100, Schwarzenbach 20, Schweinfurt 100, Wendelsheim 45,30, Zirndorf 100 Mk.

Gau München. Dachau 100 Mk., Freising 50, Ingol-stadt 175, Kempten 50, Kumbach 35, Memmingen 40, München 1000, Passau 70, Reichenhall 28, Weilheim 10,20 Mk.

Gau Stuttgart. Albstadt 24 Mk., Durlach 45, Freiburg 100, Friedrichshafen 750, Gengenbach 15, Heil-bronn 500, Karlsruhe 550, Kirchheim 200, Lorch 12,95, Marbach 100, Mühlhausen 100, Nedarfsum 22,20, Offenburg 20, St. Ludwig 20, Steinheim 100, Zuffenhausen 400 Mk.

Die Redaktionen und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittungen genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Michellau. Am 28. Juni fand hier eine gutbesuchte Korbmacherversammlung statt, zu welcher auf unsere Einladung auch Arbeitgeber nicht nur von Michellau, sondern auch von Lichtenfels erschienen waren. Die Versammlung nahm folgedessen einen recht interessanten Verlauf, war doch bekannt, daß die meisten Arbeitgeber, besonders die Korbindustriellen von Lichtenfels sowie der Korbmacherei-Gewerksverband (Michellau) Gegner des Geschloß-torbarzins waren. Um keinen Zweifel darüber entstehen zu lassen, schrieb uns der Korbmacherei-Gewerksverband, daß er aus wirtschaftlichen Gründen die schwersten Bedenken hege und deshalb gegen den Tarif bei dem bayerischen Staatsministerium des Außerer und der Feldzeugmeisterei München Stellung nehmen werde. Bei Bezahlung des Tarif-löhnes würden die Arbeiter 70 bis 90 Mk. die Woche verdienen, dieser Lohn wäre der Arbeitsleistung nicht entsprechend und übertrieben, weil jetzt schon 15- bis 17-jährige Leute in achtstündiger Arbeitszeit bei einem Akkordlohn von 80 Pf. für den 98er Rumpf 40 bis 50 Mk. die Woche verdienen. Wenn darüber hinaus verdient würde, so wäre das Geld dem Staat abgenommen. Dabei hat dieser Verband laut Rechenschaftsbericht nach Abschreibungen von 130 234,70 Mark noch einen Reingewinn von 150 076,37 Mk. zu verzeichnen. Trotzdem erlaubt sich der Direktor des Verbandes in seinem Schlußsatz folgendes zu bemerken: „Es ist deshalb unsere unabwiesbare Pflicht, gegen den Tarifvertrag mit dem Verband selbständiger Korbmacher Deutschlands bei den maßgebenden Behörden Stellung zu nehmen.“ Wir haben dem Verband geantwortet, daß sein Gewinn auch dem Staat abgenommen ist, wenn wir von dem gleichen Standpunkt ausgehen wollten. Um uns über die Verdienste in der achtstündigen Arbeitszeit zu vergewissern, haben wir eine Unterhandlung mit dem Vorsitzenden des Verbandes, Herrn Kerling, herbeigeführt, welcher zugab, daß keine acht-, sondern eine zehnstündige Arbeitszeit in dem Betrieb bestünde, daß aber die Frühstück- und Vesperpause zum Teil nicht eingehalten wird, so daß elf Stunden gearbeitet wird, und wenn die Ruhe abends 6 1/2 Uhr nicht zugemacht würde, würde mancher noch länger arbeiten. Der hohe Verdienst sei auf die außerordentliche Leistungsfähigkeit der Michellauer Korbmacher zurückzuführen. Diese Feststellungen konnten aber den Direktor nicht hindern, in seinem Antwortschreiben aufs neue zu behaupten, daß der angegebene Verdienst bei achtstündiger Arbeitszeit verdient wird. Zudem wurden wir ersucht, das Schreiben in der Versammlung zu verlesen, was einem Arbeiter aus dem Betrieb Veranlassung gab, die Behauptungen des Direktors zu widerlegen. Der allmächtige Korbindustrielle, Kommerzienrat Gg. Krauß von Lichtenfels, führte aus, daß der Holzarbeiter-Verband für die Korbindustriellen nicht existiere und wir niemals eine Unterschrift von diesen erlangen werden. Diese stolzen Herren scheuen sich aber nicht, Heimarbeiter und arme Kriegerfrauen täglich auszunutzen oder in den Filialen solche Preise für den ganzen Korb zu zahlen, daß die Leute kaum dabei zurecht kommen. Gerade dieser Herr zahlt für den 98er Korb in Michellau 5,50 Mk., erhält aber vom Staat bis zu 7 Mk. pro Stück. Ohne einen Finger krümmen zu machen, haben diese Herren in Lichtenfels und anderen Orten Hunderttausende verdient und können leicht stolz sein, solange sich die Arbeiter das Fell über die Ohren ziehen lassen. Da uns noch mehr solche Fälle bekanntgeworden sind, werden wir sie an richtiger Stelle anbringen, damit sie gewürdigt werden. Die Geschloßtorbarzins in Michellau haben aus der Versammlung die Ueberzeugung mit nach Hause genommen, daß es für sie die höchste Zeit ist, sich zu organisieren. Sie wissen nun, was für sie auf dem Spiele steht. Es war nicht leicht, in Michellau Bresche zu legen, aber um so mehr können wir mit dem Erfolg zufrieden sein, zahlreiche Aufnahmen waren das Ergebnis dieses Versammlungsabends. Die Arbeitgeber waren von jeher gute Agitatoren; wenn sie so weitermachen, können wir zufrieden sein.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Aus Geringswalde wird uns mitgeteilt, daß die in der vorigen Nummer erwähnte Teuerungszulage, die von der Vereinigung der Stuhlfabrikanten und den dieser Vereinigung nicht angehörenden Arbeitgebern gewährt wurde, nicht nur für diese Holzstelle, sondern für den ganzen Bezirk gilt, der außer Geringswalde auch die Holzstellen Partha, Walheim und Leisnig umfaßt.

In Altmühl sind die Bemühungen um Gewährung einer Teuerungszulage nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Auf eine entsprechende Eingabe an die Arbeitgeber der Vertragsbetriebe antworteten dieselben zunächst in ablehnendem Sinne, wobei geringe Lohn erhöhungen und Vertriebskosten als Entschuldigungsgründe ins Feld geführt wurden. Nach mündlichen Verhandlungen der Arbeitgeberschüsse mit ihren Arbeitgebern einigte man sich auf eine zehnprozentige Teuerungszulage, und damit es auf einmal nicht zuviel werde, werden ab 1. Juni 5 Prozent und ab 1. August 5 Prozent Teuerungszulage gezahlt. Dabei wurde den Arbeitern freigestellt, die vertragliche Arbeitszeit eventuell auf 57 Stunden zu „strecken“. Dieses Anerbieten wurde natürlich abgelehnt.

In Passau hat die Firma Obermeier auf Vorschlagwerden des Bauvorstandes eine allgemeine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde neben der bereits im Oktober 1915 und Mai 1916 gewährten Teuerungszulage genehmigt.

Aus der Holzindustrie.

Preiserhöhung für Möbel.

Am 3. Juli fand in Berlin eine Versammlung der Vereinigten Verbände der Holzindustrie statt. Als Einberufener zeichneten der Arbeitgeber-Schuhverband für das deutsche Holzgewerbe, die Tischlerinnung zu Berlin, die Freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin und die Vereinigung deutscher Möbelfabrikanten. Der Vorsitzende der letztgenannten Vereinigung, Herr Handelsrichter Fleischermann, leitete die Versammlung. Nach einem Bericht in der „Holzwelt“ hielt Herr Holzhandler Bry das einleitende Referat. Er schilderte die trostlose Lage des Holzgewerbes. In der Möbelfabrikation sind einzelne Rohprodukte um 300 bis 400 Prozent im Preise gestiegen. Wohl keine andere Industrie sei mit so geringem Nutzen an den Heereslieferungen beteiligt gewesen wie die Holzindustrie. In der Hand einiger Beispiele führte er aus, daß große Firmen bei Heereslieferungen sogar mit großen Verlusten arbeiten. Herr Bry tabelte es scharf, daß jetzt noch Möbel als Gelegenheitskäufe um 20 Prozent unter Preis angeboten, und daß in dieser Zeit noch neue Muster herausgebracht werden. Ein Krebschaden im Möbelfabrikanten sei die unvernünftige Kreditgewährung. Nach Beendigung des Referates wurden voraussichtlich viele Unternehmer zur Einstellung des Betriebes gezwungen sein, Herr Bry erhofft aber von der Ausmerzungen solcher Unternehmungen, die heute schon keine Existenzberechtigung mehr haben, eine Gesundung der Holz- und Möbelfabrikation. Eine Verbilligung der Herstellungskosten ist auch nach dem Kriege absehbare Zeit hinaus nicht zu erwarten, wozu auch die Erhöhung der Frachtkosten für überseeische Hölzer beitragen wird. Auch eine Erleichterung der Beschaffung von leistungsfähigen, eingearbeiteten Tischlergefellern und Arbeitern werde zunächst kaum zu erwarten sein, da ein großer Teil in andere Industrien abgewandert ist.

In der Aussprache haben sich, nach den in dem vorliegenden Bericht genannten Namen zu urteilen, eine größere Zahl Unternehmer aus verschiedenen Teilen des Reiches beteiligt. Ueber den Inhalt der gehaltenen Reden wird nur in einzelnen Fällen und nur so knapp berichtet, daß sich ein Eingehen auf die Diskussion auf dieser Stelle erübrigt. Erwähnt sei nur, daß Herr Obermeister Rahardt betonte, daß die weitere Erhöhung der Arbeitslöhne, die ihre Berechtigung hat, ohne Zweifel berücksichtigt werden müsse und die neue Tarifvorlage große Schwierigkeiten bereiten werde.

Allgemein wurde die Notwendigkeit einer Preiserhöhung von vorläufig mindestens 40 bis 50 Prozent betont. Beschlossen wurde, unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse eine Preiserhöhung für Rohmöbel von 40 Prozent und für gebeizte, gestrichene und polierte Möbel von 50 Prozent einzuführen.

Die ostpreussischen Tischlermeister gegen die auswärtige Konkurrenz.

Den ostpreussischen Tischlermeistern beginnt das Interesse, das ihre Kollegen im übrigen Reich an dem Wiederaufbau der von den Russen verwüsteten Provinz nehmen, unwehentlich zu werden. Am 20. Juni fand in Königsberg eine Versammlung ostpreussischer Tischlermeister statt, in welcher laute Klagen über die auswärtige Konkurrenz erhoben wurden. In einer Reihe von Orten hätten auswärtige Möbelfabrikanten große Möbelfabriken errichtet, deren Leiter zum Teil nicht einmal Ostpreußen wären, so daß auch der Gewinn aus dem Zwischenhandel in fremde Taschen fließe. Vorgelegt wurde darüber, daß viele beschädigte Arbeiter nach auswärts gingen, und daß häufig Aufträge an Generalunternehmer vergeben würden. Um sich der auswärtigen Konkurrenz zu erwehren, ist von Königsberg aus eine Eingabe an die Eisenbahndirektion gerichtet worden, in welcher um Aufhebung der Bestimmung ersucht wird, nach welcher für nach Ostpreußen eingeführte Tischlerarbeiten die Hälfte der Fracht erlassen wird. Ein Bescheid darüber noch nicht erfolgt.

Man kann ja begreifen, daß die ostpreussischen Tischlermeister einen möglichst großen Anteil von dem Gewinn für sich beanspruchen, den die günstige Konjunktur bietet. Die eine Konjunktur im Wiederaufbaubereich ist: erklärlicherweise auf die Unternehmer im Reich eine starke Anziehungskraft aus, und man darf annehmen, daß sich unter den Wiederaufbauern um Aufträge auch manche talentierte Elemente befinden. Nach den vorliegenden Berichten will es aber scheinen, als ob die ostpreussischen Meister mit ihren Ansehensbeziehungen über das Ziel hinausschießen. Man kann es ihnen nachfühlen, daß sie bei dem Wiederaufbau ihrer Provinz nicht auf die Seite gestellt sein wollen,

aber da gilt es zunächst im eigenen Hause zu bessern. Der Hauptreferent, Andreas-Königsberg, gab selbst zu, daß man bisher in Ostpreußen unrationell gewirtschaftet habe. Die Arbeitsteilung müsse in geeigneter Weise durchgeführt werden. Von der Handwerkskammer verlangte er die Festsetzung einheitlicher Preise, die für die ganze Provinz Geltung haben. Seiner Einladung, sich dem in Königsberg errichteten Lieferungsverbande für das Tischlerhandwerk anzuschließen, wurde von verschiedenen Versammlungsteilnehmern Folge geleistet; es wird auch geplant, Unterverbände des Lieferungsverbandes in der Provinz zu errichten.

Ohne im einzelnen auf Pläne einzugehen, die von den ostpreussischen Tischlermeistern verfolgt werden, kann man zugeben, daß diese den Willen haben, die günstige Konjunktur auch zur Hebung des Handwerks auszunutzen. Es scheint aber, als ob die Herren, die bestrebt sind, sich selbst Vorteile zu verschaffen, es den Arbeitern nicht gönnen, wenn auch diese ihre Lage zu verbessern trachten. Herr Andreas klagte darüber, daß die seinerzeit in der Konferenz bei dem Oberpräsidenten festgesetzten Löhne für die einzelnen Bezirke schon jetzt um 30 bis 40 Prozent überschritten würden. Das scheint ein wenig stark aufgetragen zu sein, und berücksichtigt vor allem nicht, daß die Lebensmittelpreise seither in noch weit stärkerem Maße gestiegen sind. Bei den Preisen für die Lebensbedürfnisse wäre es allerdings notwendig, daß, wie behauptet wurde, die gewährten Teuerungszulagen in Königsberg und Ostpreußen im ganzen Reiche an der Spitze ständen; leider trifft das aber keineswegs zu. Mit der Klage über die fortwährend steigenden Löhne, die das ostpreussische Handwerk konkurrenzunfähig machen, harmonisiert die aus demselben Munde kommende Klage schlecht, wonach die aus Schlesien und Sachsen herangezogenen Arbeitskräfte schon nach drei- bis viermonatiger Tätigkeit wieder abgereist seien. Es wäre vielleicht der Mühe wert gewesen, zu untersuchen, welche Gründe diese Arbeiter so schnell von den Fleischtöpfen Ostpreußens vertrieben haben.

Die Versammlung der ostpreussischen Tischlermeister diente in der Hauptsache der Agitation. Die Interessenten wurden nachdrücklich auf den Wert der Organisation hingewiesen. Es wurde ihnen zu Gemüte geführt, daß sie sich zusammenschließen müssen, wenn ihre Bestrebungen Erfolge zeitigen sollen. Uns sind solche Organisationsbestrebungen der Unternehmer durchaus nicht un sympathisch, noch wichtiger aber als die Organisation der Unternehmer erscheint uns der Zusammenschluß der Arbeiter. Doppelt wichtig aber ist der feste Zusammenhalt der Arbeiter dort, wo sich die Unternehmer eine leistungsfähige Organisation geschaffen haben. Deshalb möchten wir unseren Kollegen in Ostpreußen raten, die Vorgänge im Unternehmerlager aufmerksam zu verfolgen, und ihnen empfehlen, die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Gewerkschaftliches.

Der Schuhmacherverband gehört zu den wenigen Gewerkschaften, die während des Krieges ihren fälligen Verbandstag abhielten. Dieser wurde am 19. Juni in Stuttgart eröffnet. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und der Diskussion des Geschäftsberichts hielt der Verbandsvorsitzende Simon ein Referat über den Ledermangel in der Schuhindustrie. Bekanntlich hat das Ledergewerbe, die Lederfabrikation, die Schuhfabrikation und die Herstellung sonstiger Lederwaren, insbesondere für den Heeresbedarf, während des Krieges den Unternehmern riesenhafte Gewinne gebracht. Die Arbeiter haben von diesem goldenen Segen wenig verspürt. Sie sind aber jetzt die Hauptleidtragenden, wo infolge des eingetretenen Ledermangels die Arbeitszeit gesetzlich beschränkt wurde. Der Verbandstag bezeichnete es als eine Pflicht des Reiches, der Bundesstaaten und der Fabrikanten, die Arbeiterchaft der Schuhindustrie ausreichend zu unterstützen.

Der Streik in der sozialdemokratischen Partei nahm auf dem Verbandstag einen ziemlich breiten Raum ein, obwohl der Verbandsvorsitzende Simon in seinem Vortrag über den Krieg und die Gewerkschaften erklärte, daß sich die Gewerkschaften nicht in diesen Streit hineinmischen dürften. Er tabelte es, daß sich das Correspondenzblatt der Generalkommission nicht auf diesen Standpunkt der Neutralität gestellt habe. In der Diskussion erhob der Redakteur Boß des Verbandsorgans gegen die Generalkommission die Anklage, daß sie einen großen Teil Schuld daran trage, wenn ein Zwiespalt in die Gewerkschaften getragen würde. Er mußte sich aber von Delegierten sagen lassen, daß das „Schuhmacher-Fachblatt“, das entsprechend der politischen Stellung des Redakteurs die Auffassung der Minderheit propagiert, durchaus nicht in dem Sinne der vom Verbandsvorstand vertretenen Neutralität gehalten sei. Mehrere andere Redner erklärten sich dagegen mit der Haltung des Verbandsorgans einverstanden.

Den Standpunkt der Generalkommission in dieser Frage vertrat Silber Schmidt. Er verwies auf die vom Mannheimer Parteitag gefaßten Beschlüsse über das Zusammenwirken von Parteivorstand und Generalkommission. Im Sinne dieser Vereinbarungen, die sich gut bewährt haben, liegt es, daß die Partei ihre Einheit behält. Deshalb empfiehlt die Generalkommission den Gewerkschaften, alles zu tun, um eine Zersplitterung der Partei zu verhindern, da diese auch eine Schwächung der Gewerkschaften sein würde. Die Debatte endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, die sich für die Erhaltung der Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung ausspricht. Die Meinungsverschiedenheiten in der politischen Arbeiterbewegung sollen auf dem Boden der politischen Organisation ausgefochten werden. Die Resolution betont die Wichtigkeit der politischen Neutralität der Gewerkschaften und verlangt vom Verbandsvorstand die Fortsetzung seiner bisherigen neutralen Haltung in allen Streitigkeiten der

Arbeitslosigkeit im Monat Juni 1916.

Gau	Arbeitslosen haben berichtet	Mitgliederzahl am 1. Juni 1916	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnitt am letzten Tage des Monats	Unterstützung haben erhalten								Arbeitslose haben nicht berichtet
			vom vorigen Monat	Zugang in diesem Monat	Gesamt- zahl	am letzten Tage d. Monats		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise				
								Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Danzig	34	1637	3	11	14	4	1	5	69	89	38	20	46	45	—	4
Stettin	34	1288	5	7	12	1	—	4	52	84	68	7	14	14	—	2
Breslau	43	2678	69	70	139	51	1	25	205	289	14	10	23	22	—	2
Berlin	85	13836	368	1078	1446	308	1	246	2234	3535	04	49	113	111	—	3
Dresden	53	7507	71	99	170	62	—	30	249	281	29	53	81	73	05	1
Leipzig	51	7307	209	256	465	187	1	57	632	790	01	30	60	55	40	3
Erfurt	69	2543	18	26	44	27	—	12	114	151	70	8	14	14	—	4
Magdeburg	34	2832	13	24	37	12	—	7	46	76	35	25	42	40	20	2
Hamburg	61	7846	208	375	583	165	6	115	1175	1703	05	91	190	188	20	3
Hannover	40	3484	32	122	154	22	1	51	208	354	12	30	65	64	—	1
Düsseldorf	47	2962	7	37	44	10	1	28	211	385	20	30	75	75	—	3
Frankfurt	55	3250	31	56	87	26	—	32	345	527	75	15	37	36	30	3
Nürnberg	50	5572	120	23	143	107	—	36	358	507	50	4	11	11	—	2
München	26	2806	23	59	82	25	—	16	230	307	50	9	22	22	—	3
Stuttgart	65	3270	25	23	48	26	—	16	228	334	05	12	28	27	50	5
Hauptstadt	—	76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	6	6	—	11

Monat	1916	1915	1914	1913	1912	1911	1910	1909	1908	1907	1906	1905	1904	1903	1902	1901	1900
Juni	747	68894	1202	2266	3468	1033	12	680	6356	9416	76	395	827	804	65	49	
Mai	783	69356	1194	3291	4425	1214	22	717	6652	9412	53	432	931	893	22	16	
April	784	68538	1178	2473	3651	1137	14	682	6376	9206	16	301	668	636	29	22	
März	797	68591	1502	2854	4386	1182	16	942	8754	11964	12	446	938	882	52	14	
Februar	806	69025	1647	3136	4783	1511	19	1111	10757	14921	79	444	925	886	—	8	
Januar	806	69211	1981	3555	5536	1660	20	1480	13892	20163	67	451	949	922	10	10	
Dezember 1915	799	70673	1643	3238	4881	1982	17	1152	12238	17005	32	442	834	792	19	23	
November	806	71607	1711	3455	5155	1650	11	1054	10217	13911	58	461	930	895	80	17	
Oktober	804	71509	2105	3872	5977	1728	28	1299	12333	17156	60	599	1164	1094	80	22	
September	804	77502	2537	4450	7317	2103	37	1953	20177	27368	89	694	1311	1253	06	26	
August	804	81311	3125	5481	8606	2833	45	2653	31121	42006	50	806	1586	1476	12	27	
Juli	815	85041	3560	5055	8615	3146	37	2618	30283	40786	67	715	1376	1278	67	20	
Juni	812	88587	4427	4927	9354	3564	27	2460	23703	21228	77	688	1432	1042	82	23	

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingesandt: Goldap, Johannisburg, Löben, Rug — Demmin, Stargard — Neuthen, Gleiwitz — Fürstentum a. O., Klosterfeld, Jossen — Großhartmannsdorf — Falkenstein, Borkenwerfen, Wurzen — Eilenach, Fehrenbach, Oßheim, Schwarza — Goslar, Gießen — Emden, Schwabach, Neuenburg — Holzminde — Gelsenkirchen, Oberhausen, Remscheid — Panitzsch, Landau, Weg — Georgensgmünd, Schwandorf — Berchtesgaden, Holzkirchen, Lindau, Schwaben, Ebernburg — Achern, Emmendingen, Lauterbach, Wehingen, Mülheim a. D., Redarshum, Radolfszell, Tailingen, Troffingen, Willingen, Wiernsheim.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:											
Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats						Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage					
1911	1912	1913	1914	1915	1916	1911	1912	1913	1914	1915	1916
Januar	6904	7646	8454	14447	14832	Januar	4,23	4,20	4,37	7,59	13,38
Februar	5597	6323	8390	11211	10274	Februar	3,10	3,12	4,34	5,95	9,51
März	4192	4890	8513	9009	6521	März	2,52	2,61	4,42	4,77	6,49
April	4019	5591	8951	7410	5257	April	2,10	2,80	4,63	3,93	5,37
Mai	3280	5387	9263	7211	4435	Mai	1,94	2,88	4,80	3,80	4,82
Juni	3458	4949	9582	7282	3564	Juni	2,02	2,61	4,95	3,84	4,02
Juli	2922	3892	8986	6766	3146	Juli	1,89	2,04	4,68	3,79	3,70
August	2246	3151	6917	43350	2833	August	1,29	1,63	3,58	32,80	3,18
September	2509	4296	7540	36268	2103	September	1,43	2,22	3,02	27,35	2,71
Oktober	3609	7510	9593	28244	1728	Oktober	2,02	2,95	5,01	23,91	2,22
November	4361	6768	10725	22482	1650	November	2,42	3,50	5,64	18,91	2,20
Dezember	8406	13125	20779	20516	1959	Dezember	4,66	6,76	11,00	17,95	2,88

sozialdemokratischen Partei. In der ursprünglichen Fassung der Resolution, die von Simon vorgelegt wurde, war auch ein Tadel für die Generalkommission und das Correspondenzblatt enthalten. Dieser Passus wurde auf den Wunsch des Vertreters der Generalkommission zurückgezogen und mit dessen Einverständnis beschlossen, bei der Generalkommission zu beantragen, auf die Tagesordnung einer alsbald einzuberufenden Vorstandskonferenz die Frage „Fernhaltung des Parteistrits von den Zentralverbänden“ zu stellen.

Der Verbandstag nahm weiter Stellung zur Beschäftigung der Kriegsinvaliden und zur Frauenarbeit. Der Vorsitzende Simon und der Redakteur Bod, die beide Reichstagsabgeordnete sind, wurden beauftragt, im Reichstag für den Erlass einer Bundesratsverordnung zu wirken, nach welcher die nach Beendigung des Krieges heimkehrenden Krieger, soweit nicht geschäftliche Hindernisse dem entgegenstehen, wieder an ihre vor dem Kriege innegehabten Arbeitsplätze einzustellen sind. Wesentliche Statutenänderungen wurden nicht vorgenommen. Die Funktionäre wurden wiedergewählt.

Von unseren Kollegen im Felde.

Die „Feldpost-Zeitung“, die unser Verbandsvorstand herausgegeben hat, ist von den Kollegen draußen überall mit großer Freude aufgenommen worden; in einer Unmenge von Briefen und Karten haben sie ihren Dank für die Zusendung ausgesprochen. Aus der Fülle der Zuschriften sei hier die folgende wiedergegeben, die von einem Kollegen aus der Zahlstelle Zwickau-Werdau stammt, der als Landsturmmann im Felde steht:

„Mit der Nr. 25 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde mir auch seitens der Zahlstelle Zwickau-Werdau die „Feldpost-Zeitung“ übermittelt, und es drängt mich, dem Verbandsvorstand für die Herausgabe derselben meinen herzlichsten Dank auszubringen, ist mir doch die Lektüre dieser kleinen Zeitung zu einer Stunde innerer Erbauung geworden. Wenn man auf einsamer Wache so oft die Gedanken in die Zukunft schweifen läßt und, eine gesunde Heimkehr vorausgesetzt, sich die Wahrscheinlichkeit vor Augen führt, das Liebtie auf der Welt, die Familie, insofern der jämmerlichen Ernährungsverhältnisse vielleicht krank vorzufinden, die Partei zertrümmert, weil ein Teil der Führer derselben nichts Wichtiges zu tun weiß, als den vergifteten Keil der Zwietracht immer tiefer in den Parteikörper zu treiben und am liebsten auch die Gewerkschaften in diesen häßlichen Kampf verwickeln möchte, zur größten Freude aller Gegner einer

vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft, während viele Tausende der Besten unserer Kollegen ihr Leben und ihre Gesundheit opfern müssen, um die Stätte ihres Familienglücks vor der entfesselten Kriegesfurie zu bewahren, dann scheint sich ein Edel an einem heran vor der Gegenwart und Zukunft. Gerade in einer solchen Stunde des Grübelns über die Zukunft erhielt ich „Holzarbeiter- und Feldpost-Zeitung“. Gegenüber all den persönlichen Gefährlichkeiten, die ja leider täglich in der Parteipresse zu lesen sind, wirken die herzlichen Grüße und Wünsche des Verbandsvorstandes wohlthuend, und die Zusammenstellung der gewaltigen Leistungen des Verbandes während der Kriegszeit sowie der gegenwärtige Stand desselben geben der Hoffnung Raum, daß unser Verband als ein starker Rückhalt für kommende Kämpfe aus dieser traurigen Zeit hervorgeht. Aus dem Leitartikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ aber, der mir wie aus der Seele geschrieben ist, ist zu ersehen, daß unsere Verbandsleitung nicht gewillt ist, die Hoffnungen unserer Gegner zu erfüllen, und das erfüllt mich und wohl jeden Kollegen, der zurzeit den selbstgekauften Rock tragen muß, mit hoher Freude. In der Hoffnung, daß recht bald die Zeit kommen möge, wo ich wieder in treuer Gemeinschaft mit unserem Holzarbeiter-Verband Kulturarbeit verrichten kann, erwidere ich die Grüße des Vorstandes.

R. C.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.) Die Ortsverwaltungen ersuchen wir ganz dringend, die Abrechnungen für das zweite Quartal sühungsgemäß zur rechten Zeit einzusenden. Dabei wolle man darauf achten, daß nicht unnötig Porto verausgabt wird. Bis zum 31. Juli können Briefe bis zu 1/2 Pfund schwer für 20 Pf. Porto gesandt werden, ab 1. August kosten solche 25 Pf. Da das Gewicht der meisten Abrechnungen nicht über 1/2 Pfund wiegen, wolle man nur Briefe senden, anstatt — wie viele — Pakete davon zu machen, denn alsdann haben sie 50 Pf. (ab 1. August 60 Pf.) Porto zu zahlen, wozu unsererseits noch das Bestellgeld hinzukommt. Ist das Gewicht des Abrechnungsmaterials schwerer als 1/2 Pfund, dann mache man zwei Briefe à 20 Pf. davon. Nur bei den größeren Abrechnungen mit mehr als 1 Pfund schwer wolle man Pakete machen. Auf alle Fälle beachte man ab 1. August die erhöhten Portofälle, um der Hauptkassette Strafporto zu ersparen. Gewöhnliche Briefe bis zu 20 Gramm kosten 12 1/2 Pf., über 20 bis 250 Gramm 25 Pf. Porto, Postkarten 7 1/2 Pf.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume, Vorsitzender.

Einnahme im Juni.

Ueberschuß sandten ein: Berlin G, Neutölln je 1200 M., Berlin F 1000, Lichtenberg 800, Berlin C, Frankfurt II, Al., Hildesheim, Neudau je 500, Berlin A, Weissensee, Chemnitz, Hannover, Kiel, Mannheim, München III je 400, Unsbad, Berlin B, Erlangen, Leipzig I, Leipzig III, Rowawes, Dggersheim, Rabenau, Schw.-Gmünd, Spandau je 300, Nippes 250, Bamberg, B.-Glabbad, Bruchsal, Friedrichsfelde, Bielefeld, Charlottenburg, Deuk, Darmstadt, Duisburg, Essen, Harburg, Hürth, Lahr, Mainz, Regensburg, Schweiningen, Ulm, Welschneureuth, Wesseling je 200, Adlershof, Briz, Dessau, Dresden N, Edelesen, Forch je 150, Altwasser, Berchtesgaden, Endenich, Bruck, Dlinwald, Eitorf, Gießen, Guben, Hamburg V, Heddesheim, Hildorf, Königszelt, Gonsenheim, Kottheim, Memmingen, Muthlangen, Passau, Nothenfol, Schwerin, Wangen je 100, Fadenburg, Al.-Krohenburg, Mühlheim a. M. je 80, Hainhausen, Posen, Waldheim je 75, Reutlingen 70, Fintken, Ohlau, Osterwied je 50 M.

Summe der Ueberschüsse . . . 19035,— M.
Beiträge von Einzelmitgliedern . . . 1936,05 „
Einkittgeld von Einzelmitgliedern . . . 2,20 „
Zinsen von angelegten Kapitalien . . . 2956,13 „
Sonstige Einnahmen . . . 1388,55 „

Gesamteinnahme 25917,93 M.

Ausgabe im Juni.

Zuschuß erhielten: Johanngeorgenstadt, Straßburg je 300 M., Dornberg, Dortmund I, Hennes, Hornberg, Ralterslautern, Leipzig II, Neuhäusel, Stetten, Wiesbaden je 200, Schöneberg, Wiebich, Mückheim, Oberamstadt, Denhausen, Reichenbach i. B. je 150, Baugen, Bergen, Burgstädt, Cassel, Gr.-Ritte, Harleshausen, Boll, Strehlen, Elmshorn, Förderstedt, Gotha, Hameln, Helbra, Herford, Hermsdorf, Alte Neustadt, Brethenheim, München-Glabbad, Rod, Rödtersheim, Rumpenheim, Schwerte, Teuchern, Vilbel, Weissenfels, Wilhelmshagen, Wilster je 100, Gelnhausen 70, Königsberg 60, Altbach, Bremerhaven, Haffelbach, Lambrecht, Lorschach, Oldenburg, Pflaumheim, Riesa je 50 M.

Summe der Zuschüsse . . . 6530,— M.
Krankengeld an Einzelmitglieder . . . 1823,70 „
Sterbegeld an Einzelmitglieder . . . 93,50 „
Sonstige Ausgaben . . . 4786,36 „

Gesamtausgabe 13233,56 M.

Gesamteinnahme . . . 25917,93 M.

Gesamtausgabe . . . 13233,56 M.

Zunahme des Vermögens . . . 12684,37 M.

A. S. u. d., Hauptkassierer.

Gestorbene Mitglieder.

Bruno Werner, Pianofortetischl., 50 J., gest. in Leipzig.
Paul Bartnig, Tischler, 25 Jahre, gest. in Leipzig.
Friedrich Richter, Tischler, 70 Jahre, gest. in Leipzig.
Gustav Mehlig, Drechsler, 53 Jahre, gest. in Leipzig.
Herm. Jahn, Anschläger, 64 Jahre, gest. in Leipzig.
Robert Pfäke, Maschinenarb., 48 J., gest. in Leipzig.
Franz Gaeßig, Pianofortetischl., 54 J., gest. in Leipzig.
Konrad Marthold, Drechsler, 49 J., gest. in Nürnberg.
Ella Spieß, Bleistiftarbeiterin, 21 J., gest. in Nürnberg.
Oswin Schneider, Tischler, gest. in Pina.
Ernst Köhler, Kistenmacher, 62 Jahre, gest. in Wittenbach.
Fritz Menzies, Tischler, 39 Jahre, gest. in Frankenberg.
Adolf Olschewski, Holzarbeiter, gest. in Bielefeld.

Ehre ihrem Andenken.

Chemnitz. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe befindet sich zur Zeit in der Grundbesitz des künftigen Arbeitsnachweises. Die Kollegen sind verpflichtet, nur unseren Nachweis zu benutzen. Anfragen, sonstige Anfragen und Besprechungen sind streng verboten.

Otto Bindig, Tischler, geb. 15. 1. 74 in Gröba, wird aufgeführt, sein Wohnort ist Gröba, 749 291 an uns einzuweisen. Die Verwaltungen werden ersucht, das Zeugnis ausstellen und die Einweisung selbst vorzunehmen. Der Verbandsvorstand.

Gesucht werden tüchtige Möbeltischler auf eigenfurnierte Möbel, Herrenzimmer, Speisezimmer und Schlafzimmer, gegen Afford. Garantierter Stundenlohn 70 Pf.

Ferner gesucht ein fester Tischler für Maschinenarbeiten an der Fräse und Hobelmaschine. Hermann Schulte, Möbelfabrik, Leer in Ostfriesland.

6 bis 10 tüchtige Schreiner für bessere Schlafzimmermöbel gesucht. Dauernde Arbeit. Serfing & Rager, Möbelfabrik, Hopp & M.

Bau- und Möbeltischler sowie Maschinenarbeiter

an dauernde und dauernde Arbeit, Herres-Verwaltung, Hiltz & Co.

Paul Kirchner, Großenhain i. Sa.

Ein Bau- und Möbeltischler

Selbst, Tischlermeister, Groß-Pörschitz bei Langen.

Mehrere tüchtige Tischler, im Furnieren bewandert, stellen ein
Hoffmann & Böttcher, Tischfabrik, Geringswalde.

2 tüchtige Bau- und Möbeltischler und einen, der auch die Maschinenarbeit anfertigen kann, sofort auf dauernde Beschäftigung gesucht.
Erich Boche, Baruth (Mark).

5 bis 6 Tischler auf eigene und furnierte Arbeiten vom paritätischen Arbeitsnachweis Chemnitz gesucht. Die Vermittlung erfolgt vormittags von 9 bis 10 Uhr, Rue 4, Hof links.

Tüchtige Tischler auf eigene Herren- und Speisezimmer nach Zeichnung, bei hohem Lohn für dauernd gesucht.
Kunstmöbelfabrik Treuen i. Sa.

Tüchtige Tischler auf furnierte Arbeiten für sofort und dauernd gesucht.
Ader & Feldrappe, Pianofortefabrik, Jena.

Tüchtige Möbeltischler für dauernde Beschäftigung gesucht.
Fr. Wocholdt, Möbelfabrik, Schwerin i. Mecklb.

Gute Möbeltischler sowie Furnierer, Polierer und Maschinenarbeiter sofort gesucht. Zeugniszusatz wird gewährt.
Hilf. Friedrich Nachlag., Laffan (Kr. Greifswald).

Tüchtige Tischler

auf furnierte Schlafzimmer (Teilarbeit), nach neu abgeschlossenen Tarifvertrag, mit guten Affordlöhnen, sucht laufend größere Anzahl.

Möbelfabrik Liebau (Schles.)

Tüchtige Möbeltischler auf furnierte Arbeiten gesucht.

Möbelfabrik Clemens Schmidt, Baugen.

Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter werden verlangt bei dauernder Arbeit und hohem Lohn.

Walter Gyan, Agl. Holfieferant, Finsterwalde (M.-L.).

Mehrere tüchtige Stuhlbaner können für sofort oder später dauernd Arbeit erhalten bei
F. Gensig & Sohn, Stuhlfabrik, Leisnig i. Sa.

Tüchtige Stuhlbaner und tüchtige Maschinenarbeiter gesucht.

Waldeckische Stuhlfabrik G. m. b. H., Mengerschinghausen.

30 Stuhlbaner und Sesselbaner

sofort gesucht bei hohen Löhnen und Zeugniszusatz. Meldungen an
Erzgebirgische Holzindustrie
Aktiengesellschaft
Brand-Erbisdorf bei Freiberg i. Sa.

Drechsler

auf Bilderrahmen für dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht. Solche, die auf Oval gedreht haben, werden bevorzugt.

Kühn & Zeller, Holzwarenfabrik, Gräfentroda in Thüringen.
Einige Drechsler, jüngere oder ältere, sowie einige Bandsäger werden gesucht.
Ed. Liebherr, Kuhl.

Korbmacher auf Mattarbeit zu sofort gesucht. Hoher Lohn.
Ernst Rothbart, Straßburg, Badenstr. 10.

Korbmacher

auf Grün, Gemalt und Geschlagen stellen bei 40 Prozent Tarifzuschlag jederzeit ein
Gebr. Bitter,
Köthjenbroda bei Dresden.

Mehrere Korbmacher auf Tischkörbe gesucht bei Tariflohn nebst Zeugniszusatz.
H. Zührßen, Wulsdorf bei Gießmünde, Lindenallee 92.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 1. Juli, bis Freitag, 7. Juli 1916.																						
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen. C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.																						
Ort	Tischler			Möbel- macher			Maschinen- arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Beruf			Insgesamt			
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin . .	25	—	51	60	75	—	58	27	—	51	23	—	39	—	—	12	76	8	111	211	83	322
Bremen . .	3	—	6	1	2	—	1	—	—	3	1	—	—	—	—	—	—	—	5	2	10	
Dresden . .	2	2	4	2	3	—	—	1	1	2	—	—	—	—	—	—	2	1	2	7	7	8
Celle . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Chemnitz . .	—	—	1	6	15	—	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	215	—	—	9	30	2
Eilenburg . .	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14	—	5	14
Forst . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hamburg . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hannover . .	25	—	3	11	20	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37	20	3
Herford . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Leipzig . .	5	7	7	34	42	—	10	7	9	—	6	8	—	1	2	—	2	1	4	6	54	72
Lübeck . .	1	3	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	3	1
Zusammen .	61	12	73	115	192	—	69	36	10	57	31	8	39	1	2	14	81	28	133	325	222	355
Vor. Woche .	69	9	88	92	134	—	63	42	13	47	32	7	39	3	1	17	105	16	148	343	184	492

NB. Unsere Statistik wird veröffentlicht, nur den statistischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.